



Verkürzter Aufstieg in der „Durchhaltekrise“

Von Sven Hüber, Stellv. Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Die GdP setzte zur Überraschung von Bundesinnenministerium (BMI) und Bundespolizeiführung im Herbst vergangenen Jahres im Parlament 800 Hebungen und damit echte Aufstiegschancen aus dem mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst durch: Das Programm wird in 2017 und 2018 durchgeführt. Manch einer wird fragen: Was? Gerade jetzt weitere 800 Kollegen/-innen aus dem Dienst lösen und zum Kurzaufstieg schicken?

Der Ausgangsbefund ist eindeutig und gruselig: Dank jahrelang verfehlter Innenpolitik und falscher Haushaltsentscheidungen einschließlich der Streichung von Hunderten Polizeistellen schleppt sich die Bundespolizei durch ein fast endloses Tal der Überbelastung, nahe an der Agonie. Teilweise extrem unterbesetzte Dienstgruppen und Einheiten, geschlossene Reviere, über zwei Millionen Überstunden, explodierender Krankenstand, Zusatzaufgaben im In- und Ausland, mehr wahlpolitisch motivierte Dauereinsätze, fast auf null gefahrene Fortbildung und eine völlig unterbesetzte Aus- und Fortbildungsorganisation sind der traurige Background zu den halbamtlichen Dauerdurchhalteparolen, ab 2019 würde Dank massenhafter Neueinstellungen angeblich alles besser. Obwohl bis dahin allein knapp 2000 weitere Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand treten und auch noch ersetzt werden müssen.

Während andere plakatierten, dass es angeblich besser wäre, in diesem Jahr für die Bayerngrenze tausend uniformierte Hilfskräfte vom freien Markt einzustellen, wollten wir indes das Geld für die Einstellung von Polizeianwärter/-innen nutzen – und für ein Hebungsprogramm in den gehobenen Dienst ausdrücklich für die, die heute da sind und ganz persönlich und mit ihrem Familienleben die Last

abtragen, die andere politisch zu verantworten haben. Ja, wir wollten das genau jetzt und auch trotz „Durchhaltekrise“. Wir haben das vor den Personalratswahlen in unseren GdP-„Eckpunkten eines Konsolidierungsprogramms“ öffentlich angekündigt – und durchgeführt.

Denn seit 2014, als das zweite, von der GdP mit dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily vereinbarte Attraktivitätsprogramm abgearbeitet und 6350 Kolleginnen und Kollegen zusätzlich mit ihrem Dienstposten in den gehobenen Dienst aufgestiegen waren, hatte man weder in Potsdam noch im BMI etwas für die notwendige und berechtigte Erhöhung des Anteils gehobener Dienst getan und erst recht nicht für einen familienfreundlichen vereinfachten, verkürzten Aufstieg. Im Gegenteil: Erst im März 2017 schaffte es die Verwaltung, überhaupt den ersten verkürzten Aufstieg wieder an den Start zu bringen und erst nach Beginn die erforderlichen Aufstiegsvorschriften komplett zu haben. Verantwortliche der schon zuvor am Ressourcenlimit arbeitenden Akademie und des Präsidiums hatten zudem das Kunststück fertiggebracht, mit ihren vom BMI letztlich goutierten Vorschlägen den seit mehr als zwanzig Jahren in verschiedenen Formen bewährten verkürzten Aufstieg hinsichtlich Zeit, Geld und Aufwand irrwitzig aufzublähen, familienunfreundlich zu zentralisieren und die Theorieanteile zu verdoppeln, freilich ohne einen Fachlehrer oder ein Bett mehr dafür zu haben. Und obwohl man auch an der Hochschule des Bundes keine nennenswerten Kapazitätswachse verzeichnet, spekulierten die Ausbildungsplaner



Foto: GdP

lieber darauf, auch noch den Großteil der über 2000 zur Pensionierung anstehenden Kurzaufsteiger der nächsten sieben Jahre durch Hochschulabsolventen ersetzen zu wollen – schulterzuckend und bewusst alle negativen Folgen für die so unvermeidlich steigenden Funktionsstandzeiten und schlechteren Karrierechancen der Diplomanden in Kauf nehmend.

Auch um dieser seit 2013 bereits verfolgten Vollgasfahrt in die personalpolitische Sackgasse, die sowohl die Aufstiegswilligen aus dem mittleren Dienst als auch die Vollaufsteiger langfristig benachteiligt, ein Stück Einhalt zu gebieten, hat die GdP die Position „Etwas für die tun, die da sind! Verkürzter Aufstieg jetzt!“ dagegengesetzt.

Denn mal ehrlich: Wo kämen wir hin, wenn ausgerechnet diejenigen, die heute die Belastungen abtragen, mit ihnen verwehrten Aufstiegschancen die Zeche nicht nur für eine verfehlte Personalplanung zahlen? Der gerühmte „Dank des Vaterlandes“ kann wohl nicht darin bestehen, den Aufstieg verwehrt zu bekommen, weil man durchhält und die Bundespolizei am Leben erhält.

In der Kürze der Zeit war es noch nicht möglich, die Laufbahnvorschriften für den verkürzten Aufstieg wie-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1



Karikatur: Aff

der auf ein wieder verträgliches **N o r m a l m a ß** (auch mit Blick auf Ressourcenbindung und Kosten) zu entschlacken und auf das Notwendige herunterzufahren. Das bleibt indes Auftrag und Anspruch für die kommende Zeit. Ein auf den langjährig bewährten und erprobten Umfang der theoretischen Ausbildung zurückgefahrener verkürzter Aufstieg, ggf. ergänzt durch ein Verfahren wie beim „alten“ § 30 (12) BPolLV und entschlackt um Praktika in Funktionen, die die Aufsteiger ohnehin seit Jahren ausübten, nützt letztlich durch zügigere Rückkehr auch den Dienststellen.

Die Bundespolizeiführung und das Bundesinnenministerium müssen sich aber daran messen lassen, wie sie Familienfreundlichkeit zukünftig auch

im Kurzaufstieg garantieren, gerahmte Zertifizierungen für den Behördenflur reichen dafür nicht aus. Die von der GdP für die jetzt anstehenden zweimal 400 Aufstiege durchgesetzten Rahmenbedingungen – angepasste Auswahlverfahren bei den Direktionen, Theorieanteile ebenfalls bei den Direktionen zu absolvieren, Aufstieg auf der eigenen Stelle, Rückkehrgarantie – sind deshalb Maßstab für weitere Aufstiegsverfahren und nicht einmalige Ausnahme. Personalpolitisches Ziel der GdP bleibt es, auch in einer personell stark wachsenden Bundespolizei den Anteil der Kurzaufsteiger im gehobenen Polizeivollzugsdienst und damit eine bewährte gesunde Mischung mindestens zu halten und zudem in den Ruhestand tretende Kurzaufsteiger sukzessive durch neue Kurzaufsteiger zu ersetzen. Das schafft „Attraktivität für alle“ und ist auch im Interesse der Vollaufsteiger und Diplomabsolventen.

Der Erfolg der GdP wird erst perfekt sein, wenn auch 800 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen erfolgreich ihren Aufstieg geschafft haben. Aber das ist ja auch der Sinn unserer Arbeit – auch in Zeiten der „Durchhaltekrise“.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

NACHGEFRAGT



Foto: GdP

polizei. In der Deutschen Polizei erläutert er Hintergründe und Ablauf des Programms.

Inzwischen ist der Startschuss für die 800 Hebungen gefallen. GdP-Kollege Martin Schilff hat maßgeblich mit dem Präsidium die Umsetzung des Hebungsprogramms verhandelt. Er ist Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des GdP-Bezirks Bundes-

polizei bewirken konnte. Was ist Dein persönliches Highlight?

Martin: Ich finde, der größte Erfolg ist, dass wir den Politikern vermitteln konnten, dass neben dem dringend notwendigen Stellenzuwachs auch etwas für diejenigen Kolleginnen und Kollegen getan werden muss, die da sind und heute die enormen Belastungen zu schultern haben. Das ist uns mit der Durchsetzung der 800 zusätzlichen Hebungsdienstposten vom mittleren in den



NACHGEFRAGT

gehobenen Vollzugsdienst entschieden gelungen und war ein hartes Stück Arbeit. Selbst Bundespolizeipräsident Dr. Dieter Romann hat öffentlich anerkannt, dass die Durchsetzung dieser Hebungen eine ausschließliche Leistung der GdP war.

DP: Wie wird das Programm umgesetzt und für welche Stellen gilt es?

Martin: Es ist geplant, im Herbst, voraussichtlich im Oktober, mit 400 Kolleginnen und Kollegen zu beginnen und im Frühjahr 2018 die nächsten 400 aufsteigen zu lassen. Die Hebungen sollen prozentual auf die Behörden verteilt werden. Von diesen sollen sie behörden intern unter Berücksichtigung der prozentualen Größe der aufschichtungsfähigen Dienstposten ausgeschrieben werden. Grundsätzlich sind alle Stellen aufschichtungsfähig, die im sogenannten „Grundzügepapier“ des Bundesinnenministeriums, einem Erlass aus dem Jahr 2004, genannt sind. Das sind immerhin 10 775 Planstellen und Dienstposten.

DP: Ein absolutes Novum dieses Programms ist, dass mit dem Verfahren kein Ortswechsel verbunden ist, ist das richtig?

Martin: Ja, genau! Wir haben durchgesetzt, dass man bei diesem Verfahren

auf seiner eigenen Stelle in der eigenen Dienststelle aufsteigen kann. Im normalen Aufstiegsverfahren ist das nicht so. Das öffnet die Chance nun auch für Beschäftigte, die bislang ein Dienststellenwechsel von einem Aufstiegsverfahren abgeschreckt hat. Außerdem findet nun vom Auswahlverfahren bis zum Multiple-Choice-Test alles vor Ort statt. Das war uns im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig. Bei anderen Verfahren wird verlangt, dass auch eine alleinerziehende Mutter zum Beispiel von Rosenheim bis Lübeck fahren muss. Das kann doch nicht sein! Jetzt findet alles in den Direktionen statt. Außerdem wird der Zeitraum für das erforderliche EAV gestreckt, um möglichst vielen Interessenten trotz der Einsatzbelastung die Möglichkeit der Teilnahme zu geben.

DP: Der Dienstherr hatte ursprünglich eine wesentlich längere erforderliche Standzeit auf den jeweiligen Dienstposten vorgesehen. Wie konntet Ihr das kippen?

Martin: Diese Regelung hätte vor allem weibliche Beschäftigte extrem benachteiligt, denen mit damit fast unmöglich gewesen wäre, am Hebungsprogramm teilzunehmen. Schließlich

beschäftigen wir in der Bundespolizei beziehungsweise dem Bundesgrenzschutz noch gar nicht so lange Frauen, als dass sie die Standzeiten zusammenbekommen hätten. Das haben wir deutlich runterverhandelt – auf eine einheitliche wesentlich geringere Standzeit für Männer und Frauen.

DP: Nun ist mit dem Hebungsprogramm wirklich ein großer Wurf gelungen. Aber heißt das nicht auch, dass danach wieder jahrelang gar nichts in der Bundespolizei passieren wird und wir uns danach auf eine „Saure-Gurken-Zeit“ einstellen müssen?

Martin: Die Dienststelle sagt in der Tat, es soll ein einmaliges Sonderprogramm sein. Wir als Gewerkschaft der Polizei sehen das nicht so, sondern können uns im Sinne einer nachhaltigen Berufsattraktivität durchaus eine Fortführung vorstellen. Weder unsere Forderungen aus unserem Vorschlag für ein drittes Attraktivitätsprogramm „Attraktivität für Alle“ noch die aus unserem Konsolidierungsprogramm für die Bundespolizei sind erfüllt. Wir haben noch viel zu tun und werden auch konsequent dran bleiben!

DP: Lieber Martin, vielen Dank für das Gespräch!

EHRUNG & VERABSCHIEDUNG



Jubilare: Geehrt für 25 Jahre Mitgliedschaft.

Foto: GdP

Starke „Jahrgänge“: Die GdP-Kreisgruppe beim AFZ Neustrelitz ehrte ihre Jubilarinnen und Jubilare für 25 Jahre treue Mitgliedschaft. Insgesamt dreizehn Mitglieder erhalten in diesem Jahr Urkunde und Verdienstnadel für ihre Treue. Zu ihnen gehören: Jörg Mohnke, Joachim Prinz, Heiko Möller, Frank Müller, Christine Krüger, Dieter Arndt, Norbert Kögler

und Raik Bendrich. Nicht im Bild sind die Jubilare Sven Eisold, Frank Witt, Carola Krusch und Gabriele Thomas.

Einige Anekdoten aus der gemeinsamen Vergangenheit wurden im Kreis der Kolleginnen und Kollegen im Rahmen eines kleinen Frühstückes ausgetauscht. Aber auch die aktuellen Herausforderungen, wie die Einstellungsoffensive, wurden thematisiert. Dabei wurde festgestellt, dass viele Themen der Gegenwart, wie z. B. die Personalsituation in der Bundespolizei, bei stetig ansteigenden Anforderungen und zunehmenden Aufgaben, ebenso wie damals, weiterhin Dauerbrenner in der Gewerkschaftsarbeit sind.

An dieser Stelle möchten wir unbedingt auch noch an Peter Ludwig erin-

nern. Unser ehemaliger Personalratsvorsitzender und langjähriger Gewerkschafter wurde Ende 2016 in den Ruhestand verabschiedet. Bekannt war Peter bundesweit durch seine engagierte Arbeit in der großen Tarifkommission bzw. im Hauptpersonalrat. Im Dezember verabschiedete ihn die GdP-Kreisgruppe und dankte ihm für seine Tätigkeit vor allem im örtlichen Personalrat des BPOLAFZ Neustrelitz seit dem Jahr 2009. Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir Dir, lieber Peter, alles Gute!

Uwe Rennicke für die GdP-Kreisgruppe AFZ Neustrelitz



Uwe Rennicke mit Peter Ludwig Foto: GdP



KAUFKRAFTAUSGLEICH



Karikatur: Tomiczek

„Ihr braucht uns? Dann tut was!“ Mit dieser Ansage in Richtung Berlin startet die JUNGE GRUPPE der GdP Bundespolizei ihre Kampagne zum Kaufkraftausgleich.

„Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes müssen auch bei schwierigen örtlichen Verhältnissen gewährleistet sein. Daher ist die Gewährung einer entsprechenden alimentativen Fürsorgeleistung zum Ausgleich der Mehrbelastungen geboten“, so hat das Bundesverfassungsgericht bereits 2007 in einem Urteil anklagen lassen, was Jahr für Jahr immer eklatanter hervortritt: In den Metropolregionen Deutschlands ist der Euro deutlich weniger wert als in strukturschwachen Regionen der Republik. Was kann man dagegen tun?

Man kann vieles tun, aber auch vieles unterlassen. Beispielsweise kann man es unterlassen, Bundeseigentum in kostenintensiven Lebensräumen zu veräußern und es stattdes-

sen Menschen prognostiziert, sollten in Berlin die Alarmglocken schrillen. „Wo sollen die Kolleginnen und Kollegen denn noch wohnen?“ möchte man ihnen zurufen. Wohnraumknappheit und hohe Lebenshaltungskosten sind keine Floskeln von der Stammtischrunde, sondern bittere Realität. Es ist selbsterklärend, dass wachsende Städte mit ihren Bahnhöfen und Verkehrsflughäfen auch ein Mehr an Polizist/-innen benötigen. Und mit den Einstiegsämtern von A7 (Bundespolizei), A6 (Zoll) und E5 (Tarif) wird die Luft im finanziellen Sinne sehr dünn. Will man denn (der Berufsethos der Kolleginnen und Kollegen in allen Ehren) dort leben? Kann man sich das überhaupt leisten? Und was ist mit der Familiengründung und Altersvorsorge? Warum haben Kollegen/-innen andernorts unterm Strich deutlich mehr Geld in der Tasche? Wir finden: Das sind berechnete Sorgen!

Schon in der Weimarer Republik sah man es als nicht zulässig an, „den Beamten in der billigsten Kleinstadt

in seinen Gesamtbezügen ebenso zu stellen wie den Beamten in der teuersten Großstadt“. Es mag ein alter Hut sein, aber heute spricht sich nun auch das BVerfG für eine „alimentative Fürsorgeleistung“ aus. Im Wirtschaftssektor ist es schlicht normal, ortsangepasste Löhne zu zahlen. Eine echte „Wettbewerbsfähigkeit“ des öffentlichen Dienstes kann man hier nicht mehr suggerieren. Einstellen an der Zieldienststelle? Unter diesen Bedingungen oft nur ein Wunschtraum!

Die fortschreitende Urbanisierung in Deutschland ist allgegenwärtig. Wenn beispielsweise die Stadt München bis 2030 einen Zugang von 230 000

steigend. Dabei gehört die Landespolizei Bayern zum Branchenprimus der Polizeien bei der Bezahlung. Die Landespolizei Berlin verzeichnet gar 1200 Kollegen/-innen mit Nebenjob. Mal Im Ernst: Polizisten greifen als verlängerter Arm des Staates in Grundrechte ein, sorgen für friedliche Demonstrationen und ausgelassene Fußballpartien. Und dann ist man noch auf einen Nebenjob angewiesen? Absolut indiskutabel!

Und um gar nicht erst eine Tür zu öffnen: Wir wollen keine Pendlerpolizei, hat die Bundespolizei doch ohnehin schon der Ruf der „Reisepolizei“. Jede Kollegin und jeder Kollege soll dort wohnen können, wo er seinen Dienst verrichtet. Die polizeilichen Brennpunkte werden heute und in Zukunft mehr denn je in den Metropolregionen zu finden sein. Nun ist die Politik am Zug. Die Rahmenbedingungen für zukünftig professionelle Polizeiarbeit müssen sich drastisch verbessern!

Martin Friese für die JUNGE GRUPPE

NACHRUFE

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Peter Goebel

der am 9. 3. 2017 im Alter von 64 Jahren nach langer Krankheit viel zu früh verstarb. Wir trauern um einen beliebten und anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit als Ermittlungsbeamter seinen Dienst für die Bundespolizeiinspektion Stralsund versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

**Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Stephan Lange – für die GdP-Kreisgruppe
Mecklenburg-Vorpommern**

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Erhard Hoppe

der am 23. 2. 2017 im Alter von 65 Jahren nach langer Krankheit viel zu früh verstarb. Wir trauern um einen beliebten und anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit als Tarifbeschäftigter im Bereich Kraftfahrzeugwesen seinen Dienst für die Bundespolizeiinspektion Stralsund versah. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

**Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Stephan Lange – für die GdP-Kreisgruppe
Mecklenburg-Vorpommern**



JAV-WAHLEN

JAV-Wahlen
Mitreden! Mitbestimmen! GdP wählen!

Wir wollen eine starke Vertretung der Interessen der Auszubildenden und jugendlichen Tarifbeschäftigten in der Bundespolizei!

Wir sind für Euch da!

15.05.2017
Deine Stimme!

Grafik: GdP

Nicht vergessen: Am 15. Mai ist Wahltag für alle Jugendlichen und Auszubildenden in der Bundespolizei! Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist Deine Stimme in der Bundespolizei.

Hier werden die Interessen der Jugend vertreten, geschützt und durchgesetzt. Wahlberechtigt sind alle Tarifbeschäftigten, die das 18. Lebensjahr noch nicht beendet haben, sowie alle Azubis, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Wir wollen eine starke Vertretung Eurer Interessen in der Bundespolizei.

Wir sind für Euch da, damit:

- Arbeitszeit, Urlaub und Bezahlung stimmen,
- es genügend Ausbildungsplätze gibt,

- die Qualität der Ausbildung stimmt,
- es mit der dauerhaften Übernahme nach der Ausbildung klappt, und
- für Entwicklungsperspektiven im Beruf gesorgt wird.

Schon gewusst? Jugendliche und Auszubildende dürfen übrigens auch während ihrer Arbeits- und Ausbildungszeit die JAV oder den Personalrat aufsuchen, wenn es Probleme gibt. Dafür stehen wir auch als Gewerkschaft der Polizei: Wir sind vor Ort für einander da, um gemeinsam Missstände abzustellen und Verbesserungen durchzusetzen. JAV und Personalrat sind Euer Sprachrohr und vertreten Euch und Eure Anliegen gegenüber dem Arbeitgeber. Also: Mitreden! Mitbestimmen! GdP wählen!

Bei Fragen zum Ablauf der JAV-Wahl stehen Euch Eure GdP-Personalräte und Kreisgruppen jederzeit gerne zur Verfügung.

GEEHRT

Gewerkschaftsjubiläen bei der GdP-Kreisgruppe Kassel: Im Rahmen der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kassel am 7. März wurden unsere Kollegen Norbert George für seine 40-jährige und Timo Kurz für seine 25-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt.

Thomas Weichert, Vorsitzender der Kreisgruppe Kassel, nahm im Beisein mehrerer Mitglieder die Ehrungen vor. Neben der Aushändigung der Dankesurkunden überreichte er den Jubilaren ein kleines Präsent der Kreisgruppe.

Bereits am 1. 9. 1976, dem ersten Tag seiner Ausbildung zum Bahnbetriebsaufseher im einfachen Dienst bei der Deutschen Bundesbahn im Bahnhof Bebra, trat Norbert George der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) bei. Nach der Ausbildung zum mittleren Dienst war George unter anderem als Fahrdienstleiter im Bahnhof Bebra tätig. 1984 wechselte er vom Bahnbetriebsdienst zur Bahnpolizei nach Frankfurt/Main. 1992 erlebte George die Überführung der damaligen Bahnpolizei in den Bundesgrenzschutz und wechselte von der GdED in die GdP. Von 1999 bis 2007 war Norbert Fankundiger Beamter! bei der Bundesgrenz-



Timo Kurz, Thomas Weichert und Norbert George.

Foto: GdP

schutzinspektion Frankfurt/Main Hbf, seit 2008 ist er Dienstgruppenleitervertreter bei der Bundespolizeiinspektion Kassel.

Der heute 55-Jährige ist seit vielen Jahren gewerkschaftlich sowie auch stellvertretender Kreisgruppen- und stellvertretender ÖPR-Vorsitzender eine feste Größe.

Timo Kurz wurde 1991 in Alsfeld in den damaligen BGS eingestellt und trat bereits im gleichen Jahr in die GdP ein. Bevor der heute 42-Jährige

zur BPOLI Kassel kam, wo er als Ermittlungsbeamter tätig ist, versah er von 1994 bis 2004 ebenfalls seinen Dienst bei der Bundesgrenzschutzinspektion Frankfurt/Main Hbf.

Zwei weitere Kollegen, die leider bei der Mitgliederversammlung verhindert waren, blicken auf 25 Jahre in der GdP zurück: Alexander Kierzynowski und der Pensionär Eduard Hempel. Ihre Ehrungen werden natürlich nachgeholt!

Thomas Weichert für die GdP-Kreisgruppe Kassel





Foto: GdP

Vom 21. bis 23. März 2017 tagte die Tarifkommission der GdP Bundespolizei im Parkhotel in der Dom- und Barockstadt Fulda. Die Tagung begann mit einem ausführlichen Bericht und Erfahrungsaustausch aus den jeweiligen Direktionsgruppen. Neben der Abarbeitung der umfangreichen Tagesordnung, stand auch die Neuwahl eines Vorsitzenden auf dem Programm.

Der bisherige Vorsitzende Peter Ludwig erklärte aus gesundheitlichen Gründen mit Wirkung vom 31. Dezember 2016 seinen Rücktritt von allen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Ämtern. Die Mitglieder der Tarifkommission bedauern diesen Schritt, respektieren aber die Entscheidung und danken Peter an dieser Stelle nochmals für sein herausragendes Engagement und seinen unermüdlichen, verantwortungsvollen Einsatz zum Wohle unserer Tarifbeschäftigten, aber auch für seinen ehrlichen und offenen Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen. Wir wünschen Peter auf diesem Wege alles erdenklich Gute, insbesondere gesundheitliches Wohlergehen!

Zum neuen Vorsitzenden der Tarifkommission wurde Detlev Mantei von der Direktionsgruppe Küste gewählt. Der Kollege wird sich in einer der nächsten Ausgaben der Deutschen Polizei vorstellen.

Rüdiger Maas gab in seiner Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied Tarif im Bezirk Bundespolizei einen ausführlichen ge-

werkschaftlichen Situationsbericht und informierte über tagesaktuelle gewerkschaftspolitische Schwerpunktthemen.

Von der GdP-Bundesgeschäftsstelle konnte mit Michaela Omari die zuständige Referentin der Abteilung Tarifpolitik für die Tagung gewonnen werden. Omari informierte unter anderem über den § 16 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), der mit dem letzten Tarifabschluss geändert bzw. ergänzt wurde. So ist es unter anderem gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 TVöD möglich, dass zur Deckung des Personalbedarfs oder zur Bindung von qualifizierten Fachkräften abweichend von der tarifvertraglichen Einstufung ein bis zu zwei Stufen höheres Entgelt ganz oder teilweise vorweg gewährt werden kann. Beschäftigte mit einem Entgelt der Endstufe können bis zu 20 Prozent der Stufe 2 zusätzlich erhalten.

Außerdem erläuterte und interpretierte Michaela Omari eine Dienstvereinbarung des Bundesverwaltungsamtes über die „Umsetzung leistungsbezogener Stufenlaufzeitverkürzungen gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 TVöD“. Die Stufenlaufzeitverkürzung als Instrument der Personalentwicklung zur Förderung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich wird bereits in einigen Behörden praktiziert. In der Deutschen Polizei, Ausgabe September 2016, wurde hierzu bereits ein ausführlicher Bericht über die Grundlagen, Voraussetzungen und die Verfahrensweise veröffentlicht.

Nachdem vor Kurzem die Tarifrunde 2017 der Länder zum Abschluss gekommen ist, bewegen wir uns nun

mit großen Schritten auf die Tarifrunde 2018 für den Bund und die kommunalen Arbeitgeber zu, die am 1. März 2018 beginnt. Von der Tarifkommission wurden daher bereits jetzt die ersten Forderungen als Diskussionsgrundlage für die Bundestarifkommission (BTK) der GdP erarbeitet und aufgestellt. Hierbei wurde deutlich, dass eine soziale Komponente, zum Beispiel als Fest- oder Mindestbetrag, einen wichtigen Bestandteil des Tarifabschlusses darstellen sollte, da infolgedessen insbesondere die unteren Einkommensgruppen gestärkt werden.

Im Verlauf der Tagung wurden Beschlüsse zu verschiedenen Sachverhalten gefasst, die dann im Rahmen der gewerkschaftlichen Strukturen an die GdP-geführten Personalvertretungen herangetragen werden, um in Verhandlungen mit den dienstlichen Entscheidungsträgern Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich zu erzielen; so zum Beispiel die Forderung zur Einführung der „Bündelbewertung“ für die Abbildung der verschiedenen Funktionen im Rahmen der Neugestaltung des Organisations- und Dienstpostenplans (ODP) der Bundespolizei für den Tarifbereich. Dadurch ergeben sich Gestaltungsmöglichkeiten für die Dienststelle. Es kann somit regionalen Besonderheiten Rechnung getragen werden, und es besteht die Möglichkeit, individuelle fachliche Qualifikationen und berufliche Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen tarifrechtlich zu berücksichtigen.

Kurz beleuchtet wurde auch nochmals das leidige Thema der vorgesehenen Hebungen von EG 3 nach EG 5. Durch das Bundespolizeipräsidium wurden am 13. November 2015 durch eine Veröffentlichung im Intranet der Bundespolizei 1000 Hebungen von der EG 3 nach EG 5 in Aussicht gestellt. Die damit verbundenen berechtigten Erwartungen konnten jedoch nicht erfüllt werden, da es sich nicht um „reale“, sondern lediglich um „redaktionelle“ Anpassungen im Vorgriff auf die Umsetzung der neuen Stellenstruktur der Entgeltordnung handelte. Für „wirkliche“ Höhergruppierungen von EG 3 nach EG 5 sind nunmehr noch ca. 330 Möglichkeiten vorhanden. Dort, wo es tarifrechtlich möglich ist, soll niemand mehr nach EG 3 eingruppiert werden. Unabdingbar ist, dass



TARIFKOMMISSION

alle vorhandenen Möglichkeiten aus dem Kassenanschlag für Strukturverbesserungen im Tarifbereich genutzt werden. Abschließend sei noch erwähnt, dass die Bewirtschaftung der Tarifstellen voll umfänglich in der Verantwortung der personalbewirtschaftenden Behörden liegt.

Freiwerdende Stellen, die nicht mit einem kw-Vermerk versehen sind, brauchen nicht mehr an das BPOLP zurückgemeldet zu werden.

Die ständig zunehmende Arbeitsbelastung, steigende Lebenshaltungskosten bei vergleichsweise niedrigen Gehältern und die völlig

unzureichenden Entwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich sind die Kernthemen, denen sich die Tarifkommission auch in der Zukunft intensiv widmen wird.

Hans-Gerd Müller
für die Tarifkommission

SENIOREN BAYERN

Am 15. und 16. März fand mit neun Seniorenbeauftragten der Kreisgruppen (KG) der GdP-Direktionsgruppe Bayern die Tagung in Paulsdorf/Oberpfalz statt. Mit dabei war als Gast der Vorsitzende der Seniorengruppe Baden-Württemberg, Horst-Dieter Schneider. Begrüßt wurde durch den Vorsitzenden Siegfried Dienstbeck auch der Vorsitzende der Direktionsgruppe Bayern, Andreas Roßkopf, der am ersten Tag der Tagung beiwohnte.



Foto: GdP

Nach dessen Bericht aus der Arbeit der Direktionsgruppe und Aktuellem aus der Bundespolizei standen eine ganze Reihe weiterer Themen auf der Tagesordnung: Berichterstattungen des geschäftsführenden Seniorenvorstandes, der Kreisgruppen-Seniorenbeauftragten nebst Aussprachen, Bearbeitung der Anträge für die Bezirkssenienorenkonferenz im Juli in Bebra, aber auch an die Direktionsgruppe Bayern, Betreuungs- und Informationsarbeit und letztendlich die satzungsgemäßen Neuwahlen des geschäftsführenden Seniorenvorstandes.

Kollege Dienstbeck bedankte sich bei den KG-Seniorenbeauftragten für ihre unermüdliche Betreuungsarbeit. Insbesondere aufgrund der weiträumig verteilten Wohnsitze der Seniorenmitglieder aus den KG der zu betreuenden Flächeninspektionen ist es nicht immer leicht, diese zu einem gemeinsamen Treffen zu erreichen. Auch gibt es immer nur vereinzelt Resonanz auf die Bemühungen der Beauftragten. Deshalb wurden sie gebeten, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

Insgesamt wurden zwölf Anträge aus zwei Kreisgruppen erörtert und jeweils einstimmig verabschiedet. Davon fünf an die Direktionsgruppe, die insbesondere die Zusammenarbeit mit der Direktionsgruppe und den Kreisgruppen betreffen. Der Kollege Roskopf konnte sie gleich per-

sönlich nach der Erörterung mit nach Hause nehmen. Die weiteren sieben Anträge beschäftigten sich u. a. mit gesellschaftlichen Themen wie Mütter-, Erwerbsminderungsrente und Finanzierung der Krankenversicherung. Alle Anträge wurden einstimmig verabschiedet und werden an den GdP-Bezirkssenienorenvorstand weitergeleitet. In der Bezirkssenienorenkonferenz im Juli in Bebra werden diese weiter behandelt werden.

Aufschlussreich war der Vortrag von Frau Christofori von der SIGNAL IDUNA über das Pflegegesetz seit Anfang des Jahres, hier insbesondere die Neueinteilung der Pflegegrade im Unterschied zu den bisherigen Pflegestufen.

Unter der erfahrenen Leitung vom Kollegen Schneider wurden auf Vorschlag der Tagungsteilnehmer als Vorsitzender der Seniorenbeauftragte der KG Passau, Kollege Wolfgang Reich, als sein Vertreter der Kollege Lothar Klose, KG Nürnberg, und der bisherige Schriftführer, Kollege Manfred Bühner, KG Nürnberg, einstimmig gewählt.

Danach wurden der geschäftsführende Vorstand auch als Delegierte für die Konferenz und weitere Kollegen als Vertreter jeweils einstimmig gewählt.

Vorgestellt wurde eine Infomappe für die vor dem Ruhestand stehenden Mitglieder. Diese Mappe soll den Kreisgruppen ermöglichen, alle aktuellen Informationen rechtzeitig diesen Kollegen zu überreichen, die für den Übergang in den Ruhestand und für die Fortsetzung der Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft notwendig sind. Dank und Anerkennung gebührt dem scheidenden Vorsitzenden Siegfried Dienstbeck für seine hervorragende Arbeit.

Nach Abarbeitung der Tagesordnung wurde der bisherige Vorsitzende Siegfried Dienstbeck von seinem Nachfolger, Kollege Reich, für seine verdienstvollen Aktivitäten in der Seniorenarbeit gewürdigt. Im Jahre 2003 beginnend noch im Bereich der damaligen Bezirksgruppe Süd/München (Grenzschutz- bzw. Bundespolizeipräsidium Süd) bis dato im Bereich der Direktionsgruppe Bayern. Durch seine unermüdliche, beharrliche und reich an Erfahrung geprägte Arbeit gelang ihm, insbesondere nach der Reform 2008, eine Seniorengruppe in der DG Bayern aufzubauen. Die neue Vorstandschaft ist sich einig, diese Arbeit in seinem Sinne fortzuführen.

Wolfgang Reich für die Senioren der GdP-Direktionsgruppe Bayern





Politische Gespräche in Nürnberg: diesmal mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD Foto: GdP

Auf Einladung der GdP-Kreisgruppe Nürnberg trafen im März der Stellv. Bezirksvorsitzende Sven Hüber, der bayerische Direktionsgruppenvorsitzende, Andreas Roßkopf, der Kreisgruppenvorsitzende, Lothar Jäckisch, der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Rudolf Oppel, sowie Mitarbeiter der örtlichen Bundespolizeiinspektion führende bayerische Bundestagsabgeordnete in Nürnberg.

Zu Gast waren Gabriele Fograscher, Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, Gabriela Heinrich, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte, sowie Martin Burkert, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, SPD-Bahnbeauftragter und Sprecher der SPD-Landesgruppe Bayern.

Die drei SPD-Abgeordneten äußerten zu Beginn der Gespräche ihre hohe Wertschätzung für die Arbeit der

Bundespolizistinnen und Bundespolizisten. Sie verurteilten ausdrücklich die steigende Gewalt, die Attacken und Aggressionen gegenüber Polizistinnen und Polizisten, und gaben deutlich zu verstehen, dass an dem Gesetzesentwurf zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften kein Weg vorbeiführe und sie diesen voll unterstützen.

Den Abgeordneten wurden die Dienststelle und die Aufgaben der Bundespolizei in Nürnberg vorgestellt. Hierbei zeigten Lothar Jäckisch und Rudolf Oppel die dringlichsten Probleme der BPOLI Nürnberg auf: Die fehlende Inhouse-Versorgung mit Digitalfunk im Nürnberger Hauptbahnhof sowie die fehlende Videoüberwachung am Hauptbahnhof in Augsburg, eine gesetzliche Grundlage für eine verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollbefugnis an Bahnhöfen und in Zügen und außerdem die nach wie vor unveränderte Personalnot in den Revieren sowie

das hohe Durchschnittsalter.

Andreas Roßkopf und Sven Hüber bedankten sich bei den Abgeordneten für die Besserungen im Sach- und Personalhaushalt der Bundespolizei. Dennoch gebe es noch weitere Themen, die angesprochen und schnellstmöglich behandelt werden müssten. Sie sprachen die Erfordernis der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Einführung eines Kaufkraftausgleiches für Hochpreisregionen oder die Reduzierung der Wochenarbeitszeit an. Insbesondere mit dem Bahnexperten Martin Burkert diskutierten die Gewerkschaftsvorsitzenden zusätzlich die generelle Einführung eines Alkoholverbotes in Zügen. Denn zur tatsächlichen Kontrolle und Durchsetzung eines solchen Alkoholverbotes fehlen der Behörde wegen jahrelanger sicherheitspolitischer Ignoranz ohnehin mehrere Tausend Bahnpolizisten. Außerdem sei zu befürchten, dass dieser Zustand noch über Jahre andauern werde. Roßkopf und Hüber gaben deshalb zu bedenken, dass es gar nicht genug Personal gebe, um eine Getränkekontrolle in Zügen durchzuführen und zu sanktionieren. Wichtiger sei, dass bereits die Bahn bei gefahrengeneigten Großveranstaltungen und vor allem beim Transport zu Sportveranstaltungen rechtzeitig, konsequent und öffentlich ein Alkoholverbot ausspreche; das sei wegen der ohnehin präsenten Polizei dann auch realistisch durchsetzbar.

Die Abgeordneten dankten allen Anwesenden für die offenen und ehrlichen Worte und versprachen, die durch die GdP vorgetragenen Probleme und Schwierigkeiten an geeigneter Stelle mit anzubringen.

**Andreas Roßkopf
für die GdP-Direktionsgruppe Bayern**

NACHRUFE

Anfang März verstarb plötzlich und vollkommen unerwartet unser geschätzter Freund, Kollege und Seniorenbetreuer

Hans Hornung

im Alter von 65 Jahren.

Die GdP-Kreisgruppe trauert um ihr ehemaliges Vorstandsmitglied.

**Michael Koch-Erlenwein,
für die GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern**

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Michael Schumacher

der am 10. 3. 2017 im Alter von 57 Jahren nach schwerer Krankheit unerwartet und viel zu früh verstarb.

Wir trauern um einen beliebten und zuverlässigen Kollegen, der seinen Dienst als Ermittlungsbeamter in der Bundespolizeiinspektion Köln versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Frank Fischer – für die GdP-Kreisgruppe Rheinland

